

E-Mail: werner.faymann@bka.gv.at (Bundeskanzler)

Betreff: Längerfristige Perspektive zur Bewältigung der Finanz- und Schuldenkrise
Datum: 10. Februar 2012

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Faymann,

Die Arbeitsgemeinschaft Gerecht Wirtschaften verfolgt seit vielen Jahren die wirtschaftspolitischen Entwicklungen mit großem Interesse, aber auch mit Sorge. Wir halten zwar einige der derzeitigen Reformen und Reformvorhaben zur Bewältigung der Finanz- und Schuldenkrise kurzfristig für sinnvoll, um Zeit zu gewinnen, vermissen aber eine längerfristige Perspektive für ein funktionierendes Geldwesen.

Solange zur Aufrechterhaltung des bestehenden Geldsystems ein ständiger Schuldenzuwachs zwingend erforderlich ist, sei es durch Verschuldung des Staates oder durch Private, bleiben die budgetären Einsparungen im Wesentlichen nur Symptom-Bekämpfung auf Kosten der Schwächeren. Es wäre u. E. dringend notwendig, auch die Forschungsergebnisse von Ökonomen und Ökonominen, die an langfristig nachhaltigen Lösungsmodellen arbeiten, in entsprechenden Gremien gründlich prüfen zu lassen und in den politischen Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen. Das wird unserer Erfahrung nach grob vernachlässigt, obwohl es bereits einige vielversprechende Vorschläge gibt.

Als Beispiel sei hier insbesondere der Vollgeld-Ansatz erwähnt, wie ihn Joseph Huber, Professor an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg, in seinem Buch „Monetäre Modernisierung“ (Marburg, 2. Aufl. 2011) ausführlich beschreibt. Es handelt sich dabei um einen Alternativvorschlag zur derzeitigen multiplen Kreditgeldschöpfung mit fraktionalem Reservesystem. Während im heutigen System den Geschäftsbanken ein Recht auf Giralgeld-Schöpfung eingeräumt wird, würden im Vollgeld-System allein die unabhängigen Zentralbanken das nötige Geld schöpfen. Konkret: Ab einem Stichtag erhielte die Zentralbank, in der Europäischen Währungsunion die Europäische Zentralbank und die ihr angeschlossenen nationalen Zentralbanken, das ausschließliche Recht, zusätzlich zu den Banknoten auch alles unbare Geld in Form von Guthaben auf laufenden Konten und mobilen Geldträgern in Umlauf zu bringen. Giralgeld würde damit zu Vollgeld, alles Geld wäre identisch mit Zentralbankgeld.

Die Milliarden-Gewinne aus der Geldschöpfung kämen nach der Reform ungeschmälert den öffentlichen Haushalten zugute. Durch den Übergang von Giralgeld zu Vollgeld könnten die Staatsschulden leichter abgebaut werden und die Geldmenge wäre besser kontrollierbar. Auch wäre es prinzipiell möglich, neu geschöpftes Geld auch direkt über öffentliche Investitionen zinsfrei in Umlauf zu bringen statt über die Geschäftsbanken.

Der Vorschlag hat nichts mit einer Verstaatlichung oder Abschaffung der Geschäftsbanken und sonstiger Finanzinstitute zu tun. Diese würden weiterhin die Wirtschaft mit Krediten

finanzieren können, nur nicht wie heute die dafür erforderlichen Zahlungsmittel selbst erzeugen dürfen.

Die Unabhängigkeit der Zentralbanken müsste natürlich auch im neuen System gewährleistet sein, um einem Missbrauch der Geldschöpfung durch die Fiskalpolitik vorzubeugen. Bedenkenswert ist in diesem Zusammenhang der Vorschlag, die Zentralbanken zu einer neuen staatlichen Gewalt aufzustufen, einer unabhängigen vierten Gewalt, der die Ausübung der Geld- und Währungshoheit obliegt. Sie könnte in Anlehnung an die drei anderen Staatsgewalten „Monetative“ genannt werden. Ihr könnte in veränderter Form auch der ESM / Europäische Stabilitätsmechanismus eingegliedert werden.

Sowohl gesetzgeberisch als auch bilanz- und buchungstechnisch wäre die Reform laut Huber einfach durchzuführen, sogar in einem einzelnen Euroland. In mehreren Staaten sind deshalb schon Basisinitiativen für eine Vollgeld-Reform entstanden, allen voran in Deutschland (www.monetative.de) und in der Schweiz (<http://vollgeld.ch>). Ihre Ziele sind eine breite wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung mit den Vorschlägen und entsprechende Gesetzesanträge.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wir ersuchen Sie dringend, Ihren Einfluss geltend zu machen und entsprechende wissenschaftliche und wirtschaftspolitische Gremien zu beauftragen, die Vorschläge Hubers und anderer alternativer Ökonomen und Ökonominen gründlich auszuwerten und gegebenenfalls weiter zu entwickeln, vielleicht im Rahmen einer gezielt geförderten Forschungsinitiative. Es ist ja kein Geheimnis, dass die Zeit drängt und dass die traditionellen geldpolitischen Einflussmöglichkeiten, auch mit ESM, fast ausgereizt sind.

In der Hoffnung auf eine positive Antwort,

mit freundlichen Grüßen,

Dr.ⁱⁿ Marianne Schallhas
Obfrau der Arbeitsgemeinschaft Gerechtes Wirtschaften

E-Mail: michael.spindelegger@bmeia.gv.at (Vizekanzler)

Gleichlautend mit dem Schreiben an den Bundeskanzler, doch letzter Absatz wie folgt:

Sehr geehrter Herr Vizekanzler, wir ersuchen Sie dringend, Ihren Einfluss geltend zu machen, damit möglichst bald entsprechende wissenschaftliche und wirtschaftspolitische Gremien beauftragt werden, die Vorschläge Hubers und anderer alternativer Ökonomen und Ökonominen gründlich auszuwerten und gegebenenfalls weiter zu entwickeln, vielleicht im Rahmen einer gezielt geförderten Forschungsinitiative. Es ist ja kein Geheimnis, dass die Zeit drängt und dass die traditionellen geldpolitischen Einflussmöglichkeiten, auch mit ESM, fast ausgereizt sind.

E-Mail: barbara.prammer@parlament.gv.at (Präsidentin des Nationalrats)

Gleichlautend wie das Schreiben an den Bundeskanzler, doch letzter Absatz wie folgt:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, es ist kein Geheimnis, dass die Zeit drängt und die traditionellen geldpolitischen Einflussmöglichkeiten, auch mit ESM, fast ausgereizt sind. Wir ersuchen Sie daher dringend, Ihren Einfluss geltend zu machen, damit alternative Ökonomen und Ökonominnen wie Joseph Huber (joseph.huber@soziologie.uni-halle.de) zu Vorträgen und Hearings in das österreichische Parlament eingeladen werden. Unser Wunsch wäre, dass möglichst bald entsprechende wirtschaftspolitische und wissenschaftliche Gremien damit beauftragt werden, die Vollgeld-Vorschläge und andere alternative Denkansätze gründlich auszuwerten und gegebenenfalls weiter zu entwickeln, vielleicht im Rahmen einer gezielt geförderten Forschungsinitiative.

E-Mail: andreas.henkel@wko.at

E-Mail: thomas.delapina@akwien.at

(Generalsekretäre des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen der Sozialpartner Österreich)

Gleichlautend wie das Schreiben an den Bundeskanzler, doch letzter Absatz wie folgt:

Sehr geehrter Herr Dr. Henkel (bzw. Mag. Delapina), wir wenden uns an Sie als Generalsekretär des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen der Sozialpartner Österreich mit dem Ersuchen, der Beirat möge auch alternative Ökonomen und Ökonominnen wie Joseph Huber (joseph.huber@soziologie.uni-halle.de) zu Tagungen einladen und möglichst bald Studien in Auftrag geben, die die Vollgeld-Vorschläge und andere alternative Denkansätze gründlich auswerten und gegebenenfalls weiter entwickeln. Es ist ja kein Geheimnis, dass die Zeit drängt und dass die traditionellen geldpolitischen Einflussmöglichkeiten, auch mit ESM, fast ausgereizt sind.

Folgende Printmedien wurden informiert:

Der Standard, Die Presse, Kurier, Kronenzeitung, Salzburger Nachrichten, Oberösterreichische Nachrichten, Kleine Zeitung (Steiermark, Kärnten), Falter, Wiener Zeitung